



Working Paper III des Projekts Perspektive Teilhabe

Freiwilliges Engagement mit Geflüchteten als Beitrag zur Integration in Kommunen

Gefördert von der Bundeszentrale für politische Bildung und der Robert Bosch Stiftung





Working Paper III des Projekts Perspektive Teilhabe

**FREIWILLIGES ENGAGEMENT MIT
GEFLÜCHTETEN ALS BEITRAG ZUR
INTEGRATION IN KOMMUNEN**



Das Projekt »Perspektive Teilhabe – Unterstützung von Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsarbeit – Ermöglichung von gesellschaftlicher Teilhabe für Geflüchtete« wird von Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung seit April 2016 umgesetzt und arbeitet bis Sommer 2019. Durch Analysen, Schulungen und Vernetzungsaktivitäten werden die Potenziale des Konzeptes der gesellschaftlichen Teilhabe und der politischen Bildung für Freiwillige in der Arbeit mit Geflüchteten entwickelt. »Perspektive Teilhabe« wird durch die Bundeszentrale für politische Bildung und die Robert Bosch Stiftung gefördert.

Mehr Informationen unter
<https://minor-kontor.de/de/projekte/perspektive-teilhabe>.

»Perspektive Teilhabe – Unterstützung von Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsarbeit – Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe für Geflüchtete« ist ein Projekt von

Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gGmbH
Alt-Moabit 73
10555 Berlin
www.minor-kontor.de



Autor: Julius Linnert

April 2018

Umschlaggestaltung: Wolfgang Stärke

Satz/Layout: ultramarinrot

Gefördert von der Bundeszentrale für politische Bildung und der Robert Bosch Stiftung

INHALT

1. Einleitung	6
2. Der Beitrag der Freiwilligen zur Integration von Geflüchteten in Kommunen	8
2.1 Wechselseitige Integration als Prinzip des freiwilligen Engagements	10
2.2 Grenzen zivilgesellschaftlicher Partizipationsmöglichkeiten in der kommunalen Integrationspolitik	11
2.3 Zusammenfassung	13
3. Das Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft und kommunalen Behörden	14
3.1 Die Perspektive von Politik und Verwaltung auf die Zusammenarbeit mit den neuen Freiwilligen	15
3.2 Die zivilgesellschaftliche Perspektive auf die Zusammenarbeit mit kommunalen Behörden	17
Fazit	21
Literatur	23



1. EINLEITUNG

Seit dem Sommer 2015 sind knapp eine Million Geflüchtete nach Deutschland gekommen. Ihre Ankunft war von zahlreichen administrativen Problemen geprägt. Aber tausende Menschen mussten ihre ersten Monate in Deutschland in Turnhallen und anderen provisorischen Notunterkünften verbringen, hatten keinen Zugang zu Sprachunterricht oder Arbeitsmöglichkeiten und kaum Kontakt zu bereits länger in Deutschland lebenden Menschen. Vielerorts waren staatliche und kommunale Behörden mit der Unterbringung, der Registrierung und Versorgung geflüchteter Menschen überfordert. Diese Situation hat zahlreiche Freiwillige auf den Plan gerufen, die von der Kleiderkammer über Unterkünfte und Sprachunterricht einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet haben, die gesellschaftlichen Herausforderungen der Nothilfe und Erstversorgung der Geflüchteten zu bewältigen. Mittlerweile hat sich aus dieser spontanen zivilgesellschaftlichen Anstrengung ein auf Dauer ausgelegtes Feld bürgerschaftlichen Engagements entwickelt. Viele der im Sommer 2015 neu gegründeten Initiativen, Gruppen und Organisationen haben sich verstetigen können und sind noch immer aktiv.

Das Tätigkeitsfeld der Freiwilligen hat sich mittlerweile von der Nothilfe zur Integrationsarbeit in den Kommunen gewandelt. Viele der Menschen, die als Geflüchtete nach Deutschland gekommen sind, werden auf absehbare Zeit nicht in ihre Herkunftsländer zurückkehren können oder wollen. Dem tragen die in der Geflüchtetenarbeit Engagierten Rechnung. Sie unterstützen geflüchtete Menschen darin, sich in der für sie neuen Gesellschaft zurechtzufinden und einzuleben.

Neuere Studien zu freiwilligem Engagement mit Geflüchteten

Diese Veränderungen in der Freiwilligenarbeit mit Geflüchteten nehmen neuere Forschungsprojekte in den Blick, sie richten nun ihr Interesse auf die Integration in den Kommunen. Dabei findet eine Verschränkung von Engagementforschung und wissenschaftlichen Diskussionen um die Migrationspolitik statt, indem speziell der Beitrag und die Bedeutung der Zivilgesellschaft für eine gelingende Integration untersucht wird. Insgesamt hat der Umfang an migrationspolitischer Forschung in Deutschland in den letzten 20 Jahren deutlich zugenommen. Lange Zeit entfiel nur ein kleiner Teil an Publikationen in diesem Themenspektrum auf die Integrationspolitik der Kommunen, noch spärlicher war die Auswahl an einschlägiger zur Integration von geflüchteten Menschen auf kommunaler Ebene. Das liegt unter anderem daran, dass bis in die 2000er Jahre die Erwartung bestand, Geflüchtete würden nach einem möglichst kurzen Aufenthalt Deutschland schnell wieder verlassen. Diese Erwartung hat sich mittlerweile als Fiktion erwiesen. Nichtsdestotrotz wurde der Integration von Geflüchteten auf Bundes- und Landesebene lange Zeit keine Beachtung geschenkt.

Im Gegensatz dazu erkannten die Kommunen sehr viel schneller, dass die symbolische Integrationsverweigerung unter dem Motto »Deutschland ist kein Einwanderungsland« letztendlich den integrationspolitischen Herausforderungen nicht gerecht würde. Frühzeitig entstanden hier Strukturen, die, häufig über den gesetzlichen Anspruch hinausgehend, aktiv die Integration von zugewanderten und nach Deutschland geflüchteten Menschen mit den schon länger hier Lebenden forcierten (Aumüller & Bretl 2008: 8). Denn das Fehlen eines integrationspolitischen Programms auf Bundes- und Landesebene ging nicht nur zu Lasten der direkt Betroffenen, sondern auch der Kommunen. Entsprechend verfügen die Kommunen im Gegensatz zu Bund und Ländern über eine längere Erfahrung mit Integration.

In den letzten zwei Jahren wurden sowohl Studien mit lokalem, kommunalen Fokus als auch bundesweit repräsentative Studien publiziert, die sich mit der Integration Geflüchteter und schon länger in Deutschland lebender Menschen auseinandersetzen. Sie legen ein besonderes Augenmerk auf das freiwillige Engagement. Dass die Freiwilligen im Feld der kommunalen Integrationspolitik ein unverzichtbarer Bestandteil geworden sind, wird in ländlichen wie städtischen Kommunen sowie auf Bundesebene einhellig betont (BMFSFJ 2017: 24; Ruge et al. 2016; Anton et al. 2016).

Gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten als Forschungsfeld

Das Thema der gesellschaftlichen Teilhabe von geflüchteten Menschen auf lokaler Ebene hat sich erst durch die Fluchtmigration der letzten Jahre, zu einem wichtigen Forschungsfeld entwickelt (Dymarz 2016: 13). Seit 2016 sind einige Veröffentlichungen zum Beitrag des freiwilligen Engagements zur Integration von Geflüchteten und schon länger hier lebenden Menschen erschienen, die sich speziell auf die kommunale Ebene fokussieren (z. B. Bertelsmann Stiftung 2017, Daphi 2017; Dymarz 2016; Gesemann & Roth 2016, 2017). Im vorliegenden Working Paper wird auf diese wissenschaftlichen Arbeiten zurückgegriffen (Veröffentlichungszeitraum bis November 2017).

Dieses Working Paper ist in zwei Teile gegliedert. Im ersten Teil geht es zunächst um die Frage, welchen Beitrag zivilgesellschaftlich Engagierte zur Integration von Geflüchteten und schon länger in Deutschland lebenden Menschen in Kommunen leisten bzw. welche Wirkung das freiwillige Engagement auf die Integration geflüchteter Menschen hat.¹ Des Weiteren wird untersucht, wie Vertreterinnen und Vertreter kommunaler Behörden die Verbreitung und den Beitrag des Engagements einschätzen und welche Auswirkungen das Engagement mit Geflüchteten auf die Kommunen hat. Ob sich hier möglicherweise eine neue, auf einer engen Einbindung des freiwilligen Engagements basierende Methode der Integrationspolitik entwickelt, wie eng diese Einbindung wirklich ist und inwiefern auch von einer Indienstnahme der Zivilgesellschaft gesprochen werden kann, wenn Engagierte zwar in die Betreuung und Unterstützung geflüchteter Menschen eingebunden, ihnen aber Möglichkeiten der politischen Mitbestimmung verwehrt werden, wird zum Abschluss des ersten Teils diskutiert.

1 Neue empirische Erkenntnisse zur Zahl, soziodemographischen Zusammensetzung, geographischen und inhaltlichen Tätigkeitsfeldern etc. der Freiwilligen, die mit Geflüchteten arbeiten, sind in einem separaten Working Paper des Projekts »Perspektive Teilhabe« (Linnert 2018a) zusammengefasst.

Der zweite Teil des Working Papers nimmt die Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Behörden in diesem Politikfeld in den Blick. Gemeinhin wird einer reibungslosen und guten Zusammenarbeit große Bedeutung für eine gelingende Integration in den Kommunen zugeschrieben, gleichzeitig gestaltet sich das Verhältnis zivilgesellschaftlicher und staatlicher Akteure nicht immer einfach. Dafür werden Ursachen und Gründe untersucht, indem die unterschiedlichen Perspektiven von zivilgesellschaftlich Engagierten und Angestellten kommunaler Verwaltungen verglichen werden. Dabei wird auch die Frage aufgeworfen, was eigentlich eine effektive und gute Kooperation auszeichnet.

Das vorliegende Working Paper ist im Rahmen des Projekts »Perspektive Teilhabe«² erschienen. Das Projekt unterstützt seit knapp zwei Jahren Freiwillige mit und ohne Fluchterfahrung, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie Engagement-Koordinierungsstellen mit Vernetzungsangeboten und politischer Bildung. In Publikationen und Fachaustauschen werden Themen der wissenschaftlichen Debatten zu den Freiwilligen mit Bedarfen verknüpft, die sich aus deren praktischer Arbeit ergeben. Ziel ist es, gesellschaftliche Teilhabe im Engagement zu fördern, um so demokratische Gestaltungs- und Aushandlungsprozesse von Menschen mit und ohne Fluchterfahrung zu unterstützen.



2. DER BEITRAG DER FREIWILLIGEN ZUR INTEGRATION VON GEFLÜCHTETEN IN KOMMUNEN

Wie bereits beschrieben, hat sich der Arbeitsschwerpunkt des freiwilligen Engagements mittlerweile von der Nothilfe und Erstversorgung zur Unterstützung einer besseren gesellschaftlichen Teilhabe geflüchteter Menschen entwickelt (Linnert 2018). Damit schaffen die Freiwilligen eine Grundlage dafür, dass sich schon länger in Deutschland lebende Menschen und Geflüchtete begegnen können und unterstützen die wechselseitige Integration³.

Im Vergleich zu staatlichen Behörden wirken viele der Freiwilligen im Bereich Flucht und Asyl nah an den Adressatinnen und Adressaten ihrer Arbeit. Sie haben oft einen persönlichen Zugang zu geflüchteten Menschen. Der persönliche Kontakt unter Freiwilligen kann, anders als es staatlichen Behörden möglich wäre, von Gleichheit und gegenseitigem Respekt geprägt sein, er kann den negativen Erfahrungen, die viele Geflüchtete mit Behörden machen, entgegenwirken und damit eine Voraussetzung dafür schaffen, dass Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, sich hier willkommen fühlen und einleben möchten (Han-Broich 2015: 45). Über die persönlichen Kontakte zwischen Geflüchteten und Alteingesessenen entsteht in diesem Sinne eine gemeinsam gebaute »Brücke« zwischen der Aufnahmegesellschaft und den Ankommenden (Speth & Becker 2016: 50). Ressentiments gegenüber Neuankömmlingen

2 Eine ausführliche Projektbeschreibung ist unter <https://minor-kontor.de/de/projekte/perspektive-teilhabe> verfügbar.

3 Zum Konzept der wechselseitigen Integration siehe 2.1.

können durch Begegnungen in positiv besetzten Kontexten, wie z. B. Nachbarschaftsfesten, Sportveranstaltungen oder in kirchlichen Zusammenhängen, hinterfragt und abgebaut werden (ebd.: 37f.).

Das freiwillige Engagement mit Geflüchteten wirkt jedoch nicht nur im sozialen Nahbereich. Ein Teil der Freiwilligenarbeit ist es ebenso, Einfluss auf gesellschaftliche Debatten zu nehmen. Nicht selten haben sich Projekte, Gruppen oder Initiativen in Reaktion auf rechte Mobilisierungen gegründet, um zu diesen ein öffentlichkeitswirksames Gegengewicht zu schaffen. Damit konnte in einigen Kommunen verhindert werden, dass die Stimmung vor Ort in eine allgemeine Feindlichkeit gegenüber Geflüchteten gekippt ist (Hamann et al. 2016: 14). Allerdings war und ist das nicht überall möglich. Das Engagement im Bereich Flucht und Asyl wird im Gegensatz zu generellem zivilgesellschaftlichem Engagement von der Öffentlichkeit eher kritisch bewertet (Beckmann, Hoose & Schönauer 2017: 27) und mancherorts sind neben Geflüchteten auch Freiwillige Ziel von Bedrohungen und Einschüchterungsversuchen, so dass sie nicht öffentlich agieren (Hamann et al. 2017: 111).

Dass viele Freiwillige große, auch emotionale Anstrengungen für die Unterstützung geflüchteter Menschen unternommen haben, lässt im Kontext der vergleichsweise kritisch eingestellten Öffentlichkeit die Frage und den Wunsch nach Wertschätzung vonseiten der Behörden und des Hauptamtes aufkommen. Um das Engagement und die Engagierten anzuerkennen, wurden unterschiedliche Wege beschritten, von symbolischen Ehrungen von Personen oder Gruppen zu monetären Unterstützungen durch Geldspenden oder Förderprogramme. Davon profitieren jedoch nicht alle Initiativen, Organisationen oder Gruppen, die mit Geflüchteten arbeiten, gleichermaßen. Viele fühlen sich vom Staat alleingelassen. Andere sind den politischen und administrativen Maßnahmen und Akteuren gegenüber gar derart kritisch eingestellt, dass sie bewusst auf staatliche Förderung verzichten, um ihre Unabhängigkeit zu wahren (Karakayali 2017: 21). Das hängt häufig damit zusammen, dass zwischen den potentiellen staatlichen Fördergebern und zivilgesellschaftlichen Initiativen Zielkonflikte bestehen.

Selbst bei Initiativen, Organisationen und Gruppen, die sich als unpolitisch bezeichnen, kann das »Gewicht der persönlichen Begegnungen« (Schiffauer et al. 2017: 22) dahingehend wirken, dass sie bspw. staatliche Unterscheidungskriterien wie die Einteilung von Geflüchteten in jene mit »guter« und solche mit »schlechter Bleibeperspektive« und daran geknüpfte Beteiligungsmöglichkeiten bzw. -hemmnisse infrage stellen. Am deutlichsten wird dies, wenn geflüchtete Menschen abgeschoben werden sollen, zu denen durch das Engagement eine persönliche Beziehung aufgebaut wurde. Neben solchen Extremfällen stehen aber auch die alltäglichen Diskriminierungen geflüchteter Menschen mit schlechter Bleibeperspektive, deren Zeuginnen und Zeugen Freiwillige werden, die mit ihnen zusammenarbeiten. In Summe kann vermutet werden, dass

einige der neuen Freiwilligen⁴ einen kritischen Blick auf die staatliche Flüchtlingspolitik haben und sich bei der Umsetzung gesellschaftlicher Projekte nicht an politisch gesetzten Rahmenbedingungen orientieren wollen (ebd.: 16).

Immer mehr Engagierte sind darum bemüht, die langfristigen Wirkungen ihres Engagements zu sichern, indem sie ihre Arbeit professionalisieren und mit den politischen Zielen der jeweiligen Kommunen verknüpfen. Einige wünschen sich bspw. Partizipationsmöglichkeiten bei der Ausgestaltung kommunaler Integrationskonzepte – nicht zuletzt, weil sie der Überzeugung sind, dass sie in ihrer Tätigkeit wichtiges Wissen über die Situation und Bedürfnisse geflüchteter Menschen erworben haben, das sie in den politischen Prozess einbringen wollen. Trotzdem die Kommunen um den wichtigen Beitrag der Engagierten wissen, beziehen sie sie zu selten in ihre administrative Arbeit ein. Dadurch werden wichtige Potenziale für die kommenden Herausforderungen der Integration außer Acht gelassen.

2.1 Wechselseitige Integration als Prinzip des freiwilligen Engagements

Über die praktische Verwendung des Begriffs »Integration« besteht in der wissenschaftlichen wie auch in der öffentlichen Diskussion Uneinigkeit. Darum soll an dieser Stelle geklärt werden, was im Folgenden unter »Integration« verstanden wird. Ein Argument gegen die Verwendung des Begriffs bezieht sich auf die Beobachtung, dass er häufig fälschlicherweise in einer Form verwendet wird, die die Integrationsanstrengungen und -leistungen einseitig den Neuangekommenen aufbürdet. Um zu markieren, dass Integration als ein wechselseitiger Prozess verstanden werden sollte, wird im Folgenden hier entweder von »wechselseitiger Integration« oder der »Integration Geflüchteter und schon länger in Deutschland lebender Menschen« gesprochen. Unverzichtbar für ein dynamisches und prozesshaftes Verständnis von Integration ist, dass allen Mitgliedern sozialer Gruppen, die sich integrieren, die Möglichkeit gegeben wird, sich mit ihren Fähigkeiten und Meinungen in den öffentlichen Diskurs und das gesellschaftliche Leben einzubringen. Gesellschaftliche Teilhabe ist also eine Grundvoraussetzung für Integration. Der Begriff Integration sollte dabei im Allgemeinen nicht eingengt werden auf Gruppen von Menschen unterschiedlicher Herkunft, sondern ein breites Spektrum an Gruppenzugehörigkeiten aufgreifen. Ganz unterschiedliche Menschen in Deutschland, die aus diversen Gründen von gesellschaftlichen Ausschlüssen betroffen sind, streben Integration an. In diesem Sinne ist das Wort Inte-

4 Zu den »neuen Freiwilligen« werden diejenigen in der Arbeit mit Geflüchteten engagierten Menschen gerechnet, die seit dem Sommer der Migration im Jahr 2015 zivilgesellschaftlich aktiv sind. Viele haben erst über die Unterstützung Geflüchteter damit begonnen, sich bürgerschaftlich zu engagieren und sind seitdem dabeigeblichen. Eine weitere Besonderheit der neuen Freiwilligen stellen die Organisationsformen dar, in denen sie arbeiten. Ein Großteil des Engagements findet außerhalb etablierter zivilgesellschaftlicher Strukturen in kleinen, selbstorganisierten Kollektiven statt. Diese zeichnen sich durch eine meist flache Hierarchie und basisdemokratische Entscheidungsstrukturen aus. Im Verlauf der letzten Jahre haben sich viele spontan gegründete Initiativen, Unterstützungsgruppen und Runde Tische verstetigt und professionalisiert (Karakayali & Kleist 2017). Die »neuen Freiwilligen«, ihre Motive und Arbeitsstrukturen, werden die deutsche Zivilgesellschaft im Bereich Flucht und Asyl also möglicherweise nachhaltig prägen.

gration im Folgenden in seiner ursprünglichen Bedeutung zu verstehen, als ein wechselseitiges aktives Aushandeln gesellschaftlicher Verhältnisse, Regeln und Entscheidungsprozesse.

Die Zivilgesellschaft kann eine Schlüsselrolle für wechselseitige Integration übernehmen, wenn diese als Teilhabeprozess an der Gesellschaft verstanden wird. Initiativen, Gruppen und Organisationen, die sich mit Geflüchteten engagieren, können Begegnungsräume öffnen, in denen Menschen mit und ohne eigene Fluchterfahrung zusammenkommen. Dies bietet die Möglichkeit, sich über gemeinsame Interessen, politische Überzeugungen, Werthaltungen etc. auszutauschen und starre Grenzen gesellschaftlicher Zugehörigkeit, die auf Herkunft oder Staatsangehörigkeit abstellen, zu öffnen (Linnert 2018: 12). Auf Basis gemeinsamer Ziele können sich in einem nächsten Schritt auf Gleichwertigkeit beruhende, vorurteilsfreie Beziehungen entwickeln, in der auch für Unterschiedlichkeit und Konflikte Raum ist. Dabei soll nicht unterschlagen werden, dass es im freiwilligen Engagement mit Geflüchteten ebenso zu einer Verhärtung von Vorurteilen kommen kann. Die sogenannte »Kontakthypothese«, nach der persönliche Begegnungen zwischen Alteingesessenen und nach Deutschland migrierten oder geflüchteten Menschen zu einem besseren gegenseitigen Verständnis führt, ist jedoch in der jüngeren Forschung bestätigt worden (ebd.: 18). Insbesondere vor dem Hintergrund der polarisierten gesellschaftlichen Debatte um die Aufnahme von Geflüchteten in den Kommunen kann das bürgerschaftliche Engagement das soziale Klima vor Ort verbessern (Dymarz et al. 2016: 13). Die allermeisten Begegnungen von Geflüchteten und bereits länger in Deutschland lebenden Menschen werden als positiv bewertet (Ahrens 2017: 34).

Mittelbar wirkt das Engagement demnach nicht nur auf Geflüchtete, sondern kann insbesondere in ländlichen Regionen eine regelrechte »Aufbruchsstimmung« hervorrufen (Einem 2017: 36). Dort sind es oft Kirchengemeinden, in deren Wirkungskreis sich Initiativen und Helferkreise bilden, die neben der organisatorischen und materiellen Unterstützung Geflüchteter das Ziel verfolgen, diese mit den schon länger in den Kommunen lebenden Menschen bekannt zu machen (Worbs et al. 2016: 313). Über die Arbeit mit Geflüchteten kommen auch die Anwohnerinnen und Anwohner miteinander in Kontakt. Sie erleben ihre Rolle als Unterstützerinnen und Unterstützer z. B. bei der Begleitung von Behördengängen oder bei der Organisation von Kennenlernveranstaltungen als sinnstiftend und übernehmen eine aktivere Rolle in der Nachbarschaft (Einem 2017: 36). Insofern kann die Integration geflüchteter Menschen zu einer Verbesserung der Integration anderer Bevölkerungsgruppen führen.

2.2 Grenzen zivilgesellschaftlicher Partizipationsmöglichkeiten in der kommunalen Integrationspolitik

Partizipation meint, dass Einzelne oder auch Gruppen daran beteiligt werden, die Gesellschaft in der sie leben, zu gestalten. Das kann auf mehreren Ebenen stattfinden, angefangen bei der öffentlichen Äußerung der eigenen Meinung bis hin dazu, in das Treffen richtungsweisender politischer Entscheidungen mit einbezogen zu werden. Unter politischer Partizipation am politischen System wurden lange Zeit hauptsächlich die aktive oder passive Beteiligung an Wahlen oder die aktive Mitgliedschaft in

politisch wirksamen Verbänden, wie Parteien oder Gewerkschaften, heute werden auch sogenannte unkonventionelle Partizipationsformen berücksichtigt wie Demonstrationen, Streiks und Petitionen. Insofern kann das freiwillige Engagement für Geflüchtete als politische Partizipation gelten.

Im Folgenden soll die Frage in den Blick genommen werden, welche Beteiligungsmöglichkeiten Freiwilligen gemeinhin gewährt werden, wenn sie mit kommunalen Verwaltungen zusammenarbeiten. Ein Beispiel dafür sind Integrationskonzepte, die von vielen Kommunen seit 2016 erarbeitet wurden.

Die Aufgabenverteilung zwischen Kommunen und Freiwilligen ist klar geregelt. Während die Freiwilligen Aufgaben im sozialen Bereich übernehmen und größtenteils direkt mit Geflüchteten arbeiten, treffen die zuständigen Behörden in Abstimmung mit etablierten Organisationen der lokalen Zivilgesellschaft Entscheidungen wie bspw. welche Maßnahmen umgesetzt und wie die Freiwilligen darin einbezogen oder nicht einbezogen werden. Dieser Status quo wird allerdings von einigen Engagierten infrage gestellt (Bertelsmann Stiftung 2017: 21f.). Viele wollen mit ihrer Arbeit direkt auf die kommunale Flüchtlingspolitik einwirken, indem sie etwa auf Missstände hinweisen oder indem sie sich, um auch langfristig etwas zu bewegen, an der Ausarbeitung kommunaler Integrationskonzepte beteiligen. Die Motivation, die »Gesellschaft gestalten« zu wollen, teilen laut einer Umfrage 97 Prozent aller Freiwilligen, die mit Geflüchteten arbeiten (Karakayali & Kleist 2016: 33).

Vielerorts lässt sich in der kommunalen Integrationspolitik eine Art fünfstufiges Machtgefälle beobachten. Darin stehen die hauptamtlichen Angestellten der zuständigen Landkreisbehörden an erster Stelle, an zweiter Stelle die Angestellten der Gemeinden, die dem Kreis angehören, an dritter Stelle die hauptamtlichen Vertreterinnen und Vertreter etablierter zivilgesellschaftlicher Organisationen, bspw. der Wohlfahrtsverbände. An vorletzter Stelle finden sich dann die zivilgesellschaftlich Engagierten und an letzter die Geflüchteten selbst (Schammann & Kühn 2016: 35). Dieses Machtgefälle verläuft analog zu den Einflussmöglichkeiten auf die Gestaltung der Integrationspolitik und auf die Einbindung in Entscheidungs- und Informationsprozesse. »Wir müssen über alles berichten, erhalten von den Behörden aber keine Informationen«, lautet eine Beschwerde vonseiten freiwillig Engagierter (ebd.: 27). Informationen zur Verlegung von geflüchteten Menschen an andere Orte oder zur Einrichtung neuer Unterkünfte etc. erreichen Freiwillige häufig erst über die Presse. Neben der fehlenden Auskunftsbereitschaft der staatlichen Behörden wird deren fehlende Wahrnehmung des menschlichen Einzelschicksals kritisiert. All dies erschwert es den Freiwilligen, sich wirkungsvoll für die Integration in Kommunen zu engagieren. Die Frustration von Freiwilligen, die sich in ihrer Arbeit nicht ausreichend wertgeschätzt und anerkannt fühlen, wird noch verstärkt, wenn Geflüchtete die zivilgesellschaftlich Engagierten als Angestellte des Staates wahrnehmen (Hamann et al. 2017: 109). Letzteres überrascht insofern nicht, als dass die Freiwilligen tatsächlich eine Art Scharnier- und Vermittlungsfunktion zwischen den Geflüchteten und der Verwaltung einnehmen.

Natürlich sind längst nicht alle Freiwilligen daran interessiert, die politischen Rahmenbedingungen mitzugestalten, weil sie ihre Zeit und Energie lieber in die direkte Arbeit vor Ort einbringen möchten. Dort, wo sich freiwillig Engagierte an der politischen Gestaltung der Integration beteiligen wollen, wird es ihnen von kommunalen Verwaltungen aber häufig nicht leichtgemacht, obwohl diese von der Expertise der Zivilgesellschaft in diesem Feld durchaus profitieren könnten (Bertelsmann Stiftung 2017: 33f.). Um diese Potenziale zu nutzen, müssten Strukturen entstehen, die eine effektive Zusammenarbeit von Behörden und Engagierten ermöglichen.

In einigen Kommunen sind nach 2015 Integrationskonzepte erarbeitet worden, häufig auf Anregung der Freiwilligen. Ein Forschungsprojekt hat im Auftrag der Bertelsmann Stiftung einen solchen Prozess begleitet und kam zu dem Schluss, dass die Engagierten in die Ausarbeitung des Konzepts nicht ausreichend eingebunden wurden, obwohl sie großes Interesse daran gezeigt hatten und aufgrund ihrer Erfahrungen mit geflüchteten Menschen einen wichtigen Beitrag hätten leisten können. Die Arbeitsstruktur und die Arbeitszeiten für die Erarbeitung des Konzepts waren nur auf die Anforderungen der Behörden zugeschnitten. Anstatt z. B. mit Freiwilligen in einem ersten Schritt ein Grobkonzept zu erarbeiten, wurde von Beginn an nach behördlichen Arbeitsbereichen vorgegangen. Die Arbeitsgruppentreffen fanden in der Arbeitszeit der Behörden statt, was viele berufstätige Freiwillige daran hinderte, teilzunehmen. Zudem kamen viele Freiwillige aus dem Umland, die regelmäßige Teilnahme an Sitzungen zur Ausarbeitung des Integrationskonzepts hätte für sie einen hohen zeitlichen Aufwand und erhebliche Fahrtkosten mit sich gebracht (Bertelsmann Stiftung 2017: 22).

2.3 Zusammenfassung

Das freiwillige Engagement leistet einen grundlegenden Beitrag für die langfristige Integration von geflüchteten und länger in Deutschland lebenden Menschen in den Kommunen. Durch seine Vielfalt und Verbreitung können sowohl auf persönlicher als auch auf gesellschaftlicher Ebene Barrieren gesellschaftlicher Teilhabe überwunden werden, denen Geflüchtete in Deutschland ausgesetzt sind. Ein wesentliches Merkmal des Engagements ist sein Charakter, nah an den Menschen zu agieren und so ein Verständnis für persönliche Schicksale zu entwickeln, dass von der gegenseitigen Begegnung und immer öfter auch der gemeinsamen Freiwilligenarbeit geflüchteter und nicht-gefluchteter Menschen geprägt ist.

Anders als kommunale Behörden, deren Fokus sozusagen von Amts wegen nicht auf der oder dem Einzelnen liegt, ist die Freiwilligenarbeit vorwiegend auf den Einzelfall gerichtet. Das kann dazu führen, dass im Engagement staatliche Kategorisierungen infrage gestellt werden, wenn beispielsweise im Angebot einer Initiative nicht zwischen Geflüchteten mit guter und schlechter Bleibeperspektive unterschieden, sondern auf die Verbesserung der Lebensumstände jeder und jedes Einzelnen hingearbeitet wird. Darin kommen bereits mögliche Zielkonflikte zwischen Freiwilligen und Behörden zum Vorschein. Aus den Anstrengungen, die viele Freiwillige ab 2015 unternommen haben, resultiert der Wunsch, von Behörden in die Erarbeitung langfristig angelegter Integrationskonzepte eingebunden zu werden. Und in der Tat könnten sie aufgrund

des Wissens, das sie durch ihr Engagement gewonnen haben, einen wichtigen Beitrag leisten. Diese Einbindung findet aber nur selten statt. Ein Grund dafür ist möglicherweise darin zu suchen, dass der Fokus politischer Akteure derzeit darauf liegt, die Kontrolle sowohl über die Migration als auch die Integration bereits in Deutschland lebender Menschen zurückzugewinnen, die sie im Sommer 2015 teilweise abgeben mussten, als staatliche Stellen mit der Ankunft geflüchteter Menschen in Deutschland vielerorts überfordert waren. Dabei ließe sich gerade mit einem Einbezug der Freiwilligen mit und ohne eigene Fluchterfahrung wichtige Expertise für die kommunalen Anstrengungen zur Integration gewinnen. Schon jetzt zeigt sich, dass zivilgesellschaftliche Arbeit mit Geflüchteten den gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort verbessern kann, indem sich Bürgerinnen und Bürger gemeinsam für Integration einsetzen.



3. DAS VERHÄLTNIS ZWISCHEN ZIVILGESELLSCHAFT UND KOMMUNALEN BEHÖRDEN

Im Fokus des zweiten Teils dieses Papers steht das Verhältnis von Freiwilligen zu kommunalen Behörden und staatlichen Verwaltungsstrukturen. Sowohl bei Behörden als auch in der Zivilgesellschaft hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass eine Zusammenarbeit an vielen Stellen unumgänglich und im besten Fall gewinnbringend ist. Viele Initiativen haben von Anfang an den Kontakt zu Verwaltungen gesucht und mittlerweile sind in vielen Kommunen Koordinationsstellen, Fonds und Unterstützungsleistungen für das freiwillige Engagement eingerichtet worden. Trotzdem die Notwendigkeit einer effektiven Zusammenarbeit sowohl vonseiten freiwillig Engagierter als auch von Politik und Verwaltung betont wird, gestaltet sie sich nicht immer ohne Probleme. Einerseits empfinden Angestellte von Behörden die freiwillig Engagierten nicht selten als überengagiert. Es fehle ihnen an professioneller Distanz, sie identifizierten sich zu sehr mit den Geflüchteten und verlören den Blick dafür, was rechtlich machbar sei. Das erschwere die Zusammenarbeit mit ihnen (Bertelsmann Stiftung 2017: 24). Andererseits besteht bei machen Freiwilligen das Gefühl, Ämter würden ihnen »Steine in den Weg legen« (Karakayali 2017: 21). Viele Projekte kämpfen um politische Anerkennung und Unterstützung oder es werden Freiwillige mit den an sie gestellten Anforderungen und teilweise auch Überforderungen von kommunalen Behörden alleingelassen (Ausländerrat Dresden 2017: 3).

Es soll in diesem Kapitel sowohl auf die Sichtweise der Freiwilligen als auch auf die der Behörden eingegangen werden. Dass Initiativen, Gruppen und Organisationen der Geflüchtetenarbeit sich gegenüber staatlichen Akteuren unterschiedlich positionieren, überrascht nicht. Aber auch Behörden verstehen ihre Rolle gegenüber der Zivilgesellschaft sehr unterschiedlich.

Im folgenden Abschnitt sollen die Perspektiven der beteiligten Akteursgruppen, Behörden auf der einen und Zivilgesellschaft auf der anderen Seite, untersucht werden, um Herausforderungen, Potenziale und Handlungsempfehlungen für gute Kooperationen aufzuzeigen.

3.1 Die Perspektive von Politik und Verwaltung auf die Zusammenarbeit mit den neuen Freiwilligen

Sowohl auf lokaler als auch auf Bundesebene wird der Beitrag, den die Zivilgesellschaft in der Unterstützung von und der Arbeit mit geflüchteten Menschen leistet, hervorgehoben. Die Zweite Engagementkommission, ein beratendes Gremium zu Fragen des bürgerschaftlichen Engagements, betont die große Bedeutung des Engagements genauso wie die Bundesregierung. Die Beförderung der gesellschaftlichen Integration und Schaffung von Möglichkeiten sozialer Teilhabe sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, »die nur durch eine effektive Zusammenarbeit der verschiedenen staatlichen Ebenen mit der Zivilgesellschaft [...] gelingen kann.« (BMFSFJ 2017: 24).

Kommunale Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger haben die wichtige Rolle, die freiwillig Engagierte für den sozialen Zusammenhalt innehaben können, zum größten Teil erkannt. Die Kommunen profitieren nach eigenen Aussagen sehr von den Freiwilligen. In einer Umfrage unter kommunalen Verwaltungen wurden das starke ehrenamtliche Engagement in der Bevölkerung, aktive Willkommens- und Flüchtlingsinitiativen, das Engagement und die Offenheit von Vereinen sowie eine positive Grundstimmung in der Bevölkerung bundesweit als die wichtigsten Ressourcen zur Aufnahme und zur Integration von Geflüchteten genannt (Gesemann & Roth 2017: 16). In der Befragung wird deutlich, dass das freiwillige Engagement eine zentrale Ressource für Kommunen darstellt und bereits positive Effekte sichtbar sind. So hat sich durch das starke zivilgesellschaftliche Engagement der soziale Zusammenhalt nach Aussage der kommunalen Entscheidungsträgerinnen und -träger mit der Aufnahme geflüchteter Menschen in den Kommunen vielerorts eher verbessert als verschlechtert (ebd.: 30). Das ist besonders vor dem Hintergrund überraschend, dass die Aufnahme von und das Engagement mit Geflüchteten in Deutschland Gegenstand polarisierter gesellschaftlicher Debatten sind (Zick & Küpper 2016: 15f.).

Die befragten Kommunalvertreterinnen und -vertreter gaben darüber hinaus an, dass Menschen mit eigenem oder familiärem Migrationshintergrund sich überproportional häufig mit Geflüchteten engagieren. Auch Migrantenselbstorganisationen nehmen im Engagement für geflüchtete Menschen eine wichtige Rolle ein. Sie verfügen über spezifische Kompetenzen wie z. B. relevante Sprachkenntnisse, können Kontakte zu migrantischen Communities herstellen oder haben, falls sie selbst nach Deutschland eingewandert sind, möglicherweise ähnliche Erfahrungen damit gemacht, sich vor Ort einzuleben. Der Förderung von Migrantenselbstorganisationen wird in den Kommunen daher eine hohe bis sehr hohe Bedeutung zugeschrieben (Gesemann & Roth 2017: 27). Als Förderinstrumente dienen die an vielen Orten eingerichteten Fonds für integrationspolitische Initiativen, die in der Regel sowohl für Migrantenselbstorganisationen als auch für Projekte und Vorhaben von Geflüchteten selbst offen sind. Die Unterstützung von Projekten geflüchteter Menschen ermöglicht es diesen wiederum, sich aus der passiven Rolle der Hilfsempfängerinnen und Hilfsempfänger zu emanzipieren, Handlungsfähigkeit zurückzuerlangen und die Gesellschaft selbst mitzugestalten.

Vernetzung von kommunalen Behörden mit zivilgesellschaftlichen Organisationen

Im Politik- und Engagementbereich Flucht und Asyl ist seit dem langen Sommer der Migration eine verstärkte Vernetzung kommunaler Behörden mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen zu beobachten (Gesemann & Roth 2016: 27f.). Das große zivilgesellschaftliche Engagement ist für Verwaltungsstrukturen Unterstützung und Herausforderung zugleich. So wird aus behördlicher Perspektive die Unterstützung geflüchteter Menschen durch Initiativen der Zivilgesellschaft größtenteils positiv bewertet (Anton et al. 2016: 65). Zudem bringen die Freiwilligen in Bürgergremien, Runden Tischen und anderen Dialogforen wertvolles Wissen um die Situation und Bedarfe von Geflüchteten ein. Informationen dieser Art helfen der Verwaltung bei der Bewältigung ihrer Arbeit. In diesem Sinne nehmen die Freiwilligen aus Sicht der Behörden eine wichtige Scharnierfunktion zu geflüchteten Menschen, als Adressaten von Verwaltungsakten, ein (Daphi 2016: 36). Gleichzeitig bedeutet es für staatliche Stellen einen zusätzlichen Aufwand, sich mit den Freiwilligen zu koordinieren. Insbesondere dadurch, dass sich die Ansprüche und die Prioritäten der zivilgesellschaftlichen Akteure häufig deutlich von den Zielen der Verwaltung unterscheiden, kann es zu Meinungsverschiedenheiten und Konflikten kommen, was den Umgang mit geflüchteten Menschen, Kommunikationswege und Arbeitsschwerpunkte betrifft. Darüber hinaus kritisieren Initiativen und Organisationen, die direkt mit Geflüchteten arbeiten, auch offensiv die gesellschaftliche Marginalisierung geflüchteter Menschen. Ein Großteil der Ausschlüsse, mit denen Geflüchtete konfrontiert sind wie bspw. Arbeitsverbot und Residenzpflicht sind schließlich Produkt staatlicher Regelungen. Dementsprechend kann sich die Arbeit von Freiwilligen, die sich mit Geflüchteten engagieren, auch gegen behördliches Handeln richten. Nicht selten politisieren sich Freiwillige, die ihr Engagement zunächst als unpolitisch und caritativ begreifen, in diesem Prozess (Schiffauer et al. 2017: 22).

Die Würdigung des Engagements und die zunehmende Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Behörden deuten darauf hin, dass sich in der lokalen Integrationspolitik ein Handlungsfeld entwickelt, in dem darauf gesetzt wird, neben Politik und Verwaltung auch die engagierte Bürgerschaft mit einzubinden. Allerdings ist der Umgang der Behörden mit zivilgesellschaftlichen Akteuren teilweise von Kontrolle und Steuerungsansprüchen geprägt (Daphi 2017: 37). Die Zusammenarbeit funktioniert besser, wenn die Kooperation mit bürgerschaftlich Engagierten und deren Förderung auf Augenhöhe abläuft und die Eigendynamik der Freiwilligen aufgefangen und mitgedacht wird. Eine Herausforderung für die Behörden ist es, zum einen die Forderungen und Anspruchshaltungen der freiwillig Engagierten abzudämpfen und sich zum anderen auf die unkonventionelle und direkte Arbeitsweise einzulassen, die dem routinierten und regelgeleiteten Verwaltungshandeln zuwiderlaufen kann. Das kann zu Abwehrreaktionen führen, aber auch Lernprozesse über alternative Handlungsmodelle bei Behörden in Gang setzen (Schiffauer et al. 2017: 19).

Dort, wo es bereits in der Vergangenheit Erfahrungen in der Zusammenarbeit kommunaler Verwaltungen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren gab, funktioniert diese auch bei der Integration Geflüchteter reibungsloser. In den mittelgroßen Städten und im ländlichen Raum läuft die Kooperation und Arbeitsteilung tendenziell konfliktfreier ab, auch weil die Verwaltungsangestellten und die in Initiativen engagierten Bürgerinnen und Bürger sich häufiger persönlich kennen (Einem 2017: 31). In Großstädten und auf höheren Verwaltungsebenen wird es hingegen schneller als lästig empfunden, wenn Freiwillige Anfragen stellen oder sich in Entscheidungsprozess einbringen wollen (Hamann et al. 2016: 52). Neben der Störung von Verwaltungsabläufen ist den Behörden insbesondere die Mobilisierung gegen Verwaltungsmaßnahmen ein Dorn im Auge.

Vielerorts sind seit 2015 kommunale Freiwilligen-Koordinierungsstellen eingerichtet worden. Beinahe flächendeckend geschah das z. B. in Baden-Württemberg. Dort fördert das Integrationsministerium 150 Stellen für sogenannte Flüchtlingsbeauftragte, die auch für die Zusammenarbeit mit den zivilgesellschaftlichen Initiativen verantwortlich sind (Schammann & Kühn 2016: 26). Über die kommunalen Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren wird versucht, das freiwillige Engagement zu vernetzen und aufeinander abzustimmen. Darüber hinaus können Organisationen und Initiativen dort Mittel für ihre Arbeit beantragen. Auch neues Engagement soll über die Stellen angeregt werden. Interessierte können sich dort über zivilgesellschaftliche Akteure, deren Arbeitsbereiche und Möglichkeiten des Engagements informieren.

Aus der Perspektive der Behörden hat die Zusammenarbeit mit den Freiwilligen, die mit Geflüchteten arbeiten, einige Lernprozesse zur Folge. Dass überhaupt Stellen zur Freiwilligenkoordination eingerichtet wurden, kann als Folge des starken freiwilligen Engagements gelesen werden, denn letztlich gelangten dadurch viele Behörden zur Einsicht, es brauche bessere Absprachen und Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft. Hinsichtlich der Informationspolitik der Verwaltung lassen sich ebenfalls die Einflüsse zivilgesellschaftlicher Gruppen feststellen. Viele Behörden haben ihr Vorgehen bspw. bei der Einrichtung neuer Unterkünfte dahingehend geändert, dass die lokale Bevölkerung früher und umfassender informiert und einbezogen wird (Daphi 2017: 39).

3.2 Die zivilgesellschaftliche Perspektive auf die Zusammenarbeit mit kommunalen Behörden

Grundlegend erkennen die meisten zivilgesellschaftlichen Akteure an, dass in der erfolgreichen Zusammenarbeit mit kommunalen Behörden ein Schlüssel für die nachhaltige Verbesserung der Lebensumstände geflüchteter Menschen und die Förderung ihrer gesellschaftlichen Teilhabe liegt. Geschätzt wird die Kooperation dann, wenn sie die Eigendynamik des freiwilligen Engagements anerkennt und fördert und darüber hinaus den Engagierten Möglichkeiten zur Partizipation an der kommunalen Politik gegeben werden (Daphi 2017: 40). Hinsichtlich der Koordinierungsstellen, die in zahlreichen Kommunen zur Unterstützung des Engagements eingerichtet wurden, ist vielen Freiwilligen wichtig, dass die ihnen zur Verfügung gestellten Mittel nicht zur

Steuerung ihrer Tätigkeiten genutzt werden, sondern sie darüber weitestgehend frei verfügen können (Hamann et al. 2016: 10). Grundlegend solle nicht die Steuerung, sondern die Unterstützung freiwilligen Engagements das Ziel behördlicher Aktivitäten sein.

Kritisiert werden von zivilgesellschaftlicher Seite die Trägheit und die mangelnde Informationsbereitschaft bei den Behörden. Es entstehe zuweilen der Eindruck, die Verwaltung würde sich zwar auf die Freiwilligen verlassen, aber sie im Gegenzug nicht als Partnerinnen und Partner bei der Bewältigung einer gesellschaftlichen Aufgabe akzeptieren und unterstützen (Schammann & Kühn 2016: 26). In diesem Zusammenhang wird der Mangel an Begleitung und Unterstützung sowohl von Geflüchteten als auch von freiwillig Engagierten durch Behörden beklagt, wobei in der Vergangenheit auch die Politik wiederholt auf eine mögliche Überlastung der Freiwilligen hingewiesen hat. Aber anstatt davon ausgehend das zivilgesellschaftliche Engagement besser zu unterstützen, sei diese Argumentation dazu gebraucht worden, die Durchsetzung einer Beschränkung der Flüchtlingszuwanderung moralisch zu rechtfertigen und z. B. durch das Aussetzen des Familiennachzugs und als willkürlich wahrgenommene Abschiebungen die Leistungen der Freiwilligen für eine nachhaltige Integration der Geflüchteten und der deutschen Mehrheitsgesellschaft zu untergraben (Graf 2017: 63).

Darüber hinaus bemängeln viele Freiwillige, die Behörden würden sie nicht über vorhandene Handlungsspielräume, z. B. bei Entscheidungen zu Wohngeldzuschüssen etc., informieren und diese nicht im Sinne geflüchteter Menschen ausschöpfen (Hamann et al. 2016: 27). Viele sind vor diesem Hintergrund kritisch gegenüber Verwaltungsakteuren geworden und bezweifeln, dass diese die Situation geflüchteter Menschen in Deutschland tatsächlich verbessern wollten (Hamann et al. 2017: 109). Trotzdem und auch deswegen haben viele Freiwillige ein Interesse daran, in Entscheidungsprozesse der Behörden einbezogen zu werden. Nach Ansicht vieler Engagierter sei zwar ihre Anwesenheit in Bürgerforen oder an den vielerorts eingerichteten Runden Tischen durchaus erwünscht, zu einer echten Mitbestimmung und der Einbindung in Entscheidungen komme es aber zu selten (Gesemann & Roth 2017: 42).

Zwei Typen zivilgesellschaftlicher Akteure

Abseits allgemeiner Bedarfe und Forderungen ist es wichtig zu berücksichtigen, dass die Gruppe der Freiwilligen im Bereich Flucht und Asyl, sowohl im Hinblick auf individuelle sozioökonomische Merkmale, die Organisation ihrer Arbeit als auch ihre politische Verortung sehr heterogen ist (Linnert 2018). Bezüglich ihrer Perspektive auf die Zusammenarbeit mit kommunalen Behörden, lassen sich zwei Typen zivilgesellschaftlicher Akteure unterscheiden (Daphi 2017: 41f.): Auf der einen Seite stehen Initiativen und Organisationen, die ihre Arbeit eher als eine Unterstützung politischer und behördlicher Maßnahmen und Strategien verstehen. Diese Gruppen begrüßen eine enge Zusammenarbeit mit den Behörden, sind diesen gegenüber weniger kritisch eingestellt. Im Falle staatlicher Förderung nehmen sie eine Einschränkung ihrer Autonomie leichter in Kauf bzw. verstehen die enge Verzahnung mit und gegebenenfalls Steuerung durch Behörden eher als eine Steigerung ihrer gesellschaftlichen Wirkung anstatt eine Einschränkung ihrer Arbeitsfreiheit.

Auf der anderen Seite stehen Gruppen, deren Arbeit durch die Unterstützung und das Empowerment geflüchteter Menschen geprägt ist, die sich aber gleichzeitig als kritische Beobachterinnen und Beobachter der staatlichen Asylpolitik verstehen. Dazu zählen Initiativen, die aus einer linken Tradition internationaler Solidarität und anti-rassistischer Arbeit kommen. Ihre selbst zugeschriebene Rolle als Korrektiv staatlichen Handelns bringt mit sich, dass sie gegenüber Kooperationen mit kommunalen Behörden kritischer eingestellt sind und mehr Wert auf ihre Unabhängigkeit legen. Neben der Offenheit der Behörden gegenüber freiwillig Engagierten ist also im Umkehrschluss auch die Einstellung zivilgesellschaftlicher Akteure gegenüber staatlicher Stellen entscheidend dafür, wie sich Kooperation gestaltet.

Insgesamt ist die Zusammenarbeit mit den Behörden im Bereich Flucht und Asyl aus der Perspektive der Freiwilligen ambivalent. Einerseits hat sie an vielen Orten dazu beigetragen, dass sich das freiwillige Engagement mithilfe staatlicher Unterstützung und durch die Einbindung in kommunale Maßnahmen, die auf die Unterstützung geflüchteter Menschen gerichtet sind, finanziell nachhaltig aufstellen und verstetigen konnte. Darüber hinaus haben viele Kommunen Anstrengungen unternommen, die Freiwilligen mit Supervision und Vernetzung zu unterstützen. Diese positiven Erfahrungen haben dazu beigetragen, dass in vielen Kommunen eine enge Zusammenarbeit zwischen freiwillig Engagierten und hauptamtlichen Verwaltungsangestellten entstanden ist, die sich gemeinsam gegen geflüchtetenfeindliche Mobilisierung und für Integration einsetzen (Speth & Becker 2016).

Andererseits hat der verstärkte Einbezug der Freiwilligeninitiativen durch staatliche Akteure auch problematische Konsequenzen für das zivilgesellschaftliche Engagement in der Arbeit mit Geflüchteten. Erstens ließe sich argumentieren, dass die Initiativen damit auf lange Sicht zu einer Art Lückenbüßer für die mangelhafte staatliche Versorgung geworden sind und die Behörden bewusst die (fachliche und zeitliche) Überforderung engagierter Bürgerinnen und Bürger in Kauf nehmen, die es sowohl angesichts der gesellschaftlichen Polarisierung des Themenfeldes als auch der strukturellen Diskriminierung Geflüchteter als ihre Pflicht ansahen, selbst aktiv zu werden (Steinhilper & Fleischmann 2017: 67).

Zweitens ergeben sich dadurch, dass nur ein Teil der Initiativen und Organisationen staatliche Unterstützung erhalten – insbesondere die etablierten zivilgesellschaftlichen Akteure und diejenigen, die gegenüber staatlicher Politik weniger kritisch eingestellt sind – Ungleichbehandlungen, durch die auch innerhalb der Zivilgesellschaft im Bereich Flucht und Asyl die Zusammenarbeit gefährdet wird (Speth & Becker 2016: 20f.). Das Machtgefälle zwischen den verschiedenen Akteuren wird dadurch verstärkt und durch einseitige Förderung der demokratische Charakter des freiwilligen Engagements auf die Probe gestellt. Projekte, die weniger sichtbar oder zu kritisch sind, müssen Ressourcen darauf verwenden, private Förderung zu akquirieren und werden dadurch in ihrer Arbeit benachteiligt (Graf 2017: 61). Etablierte Organisationen treten vermehrt in Konkurrenz zu neuen, spontan gegründeten Initiativen, die wesentlich seltener öffentliche Förderung erhalten (Daphi 2017: 43).

Zusammenfassung

Grundlegend kann festgestellt werden, dass sowohl die neuen Freiwilligen als auch die Angestellten kommunaler Behörden mehrheitlich die Notwendigkeit oder zumindest die Vorteile einer verstärkten Zusammenarbeit sehen. Dabei interpretieren Behörden und zivilgesellschaftliche Initiativen, Gruppen und Organisationen ihre Rolle in der Geflüchtetenarbeit sehr unterschiedlich. Das hat direkte Auswirkungen auf ihr Verhältnis zueinander. Die Beziehung der zivilgesellschaftlichen Initiativen zu kommunalen Behörden verläuft mancherorts reibungslos und ist an anderer Stelle eher konfliktbeladen. Dort, wo Verwaltungen eher steuern wollen, sind Konflikte erwartbar, weil die Freiwilligen sich in ihrer Arbeit nicht gewürdigt, sondern bevormundet fühlen. Die Beziehung zwischen Behörden und Engagierten ist auch durch die kritische Haltung vieler Initiativen und Gruppen der Geflüchtetenarbeit geprägt, einige sehen sich selbst in der Position des kritischen Beobachters von Politik und Verwaltungshandeln.

Dabei geht es auch um die Frage, welche Rolle Zivilgesellschaft gegenüber dem Staat einnehmen sollte. Sollte sie eher unterstützend das behördliche Vorgehen begleiten und darüber hinaus im sozialen Nahraum die Grundlagen für eine gelingende Integration derjenigen Geflüchteten mit der alteingesessenen Bevölkerung schaffen, die von staatlicher Seite eine gute Bleibeperspektive zugesprochen bekommen? Oder sollten zivilgesellschaftliche Initiativen unabhängig von demokratisch legitimer, staatlicher Entscheidungsmacht ihre eigenen Ziele verfolgen, nach ihren eigenen Werten und damit als kritisches Korrektiv staatlichen Handelns agieren?

Diese Frage kann hier nicht abschließend beantwortet werden. Sicherlich haben beide Positionen ihre Berechtigung und einen Anteil daran, die wechselseitige Integration in den Kommunen zu stärken. Schlussendlich ist auch eine kritische Positionierung zum Handeln kommunaler Behörden nicht Ausdruck einer totalen Verweigerungshaltung, sondern der Versuch, auf die lokale Politik einzuwirken. Das kann an bestimmter Stelle die richtige Strategie dafür sein, die gesellschaftliche Teilhabe geflüchteter Menschen auf lange Sicht zu stärken. Andererseits kann in bestimmten Kontexten auch die Zusammenarbeit mit lokalen Behörden bessere Anknüpfungspunkte bieten, einen Einfluss auf die kommunale Integrationspolitik zu nehmen. Wann welche Strategie für Freiwillige, die mit Geflüchteten engagiert sind, erfolgsversprechender ist, hängt von vielen Faktoren ab: der persönlichen Beziehung zu den Verwaltungsangestellten, ob bereits Erfahrungen in der Zusammenarbeit gemacht wurden etc. Für die neuen Freiwilligen, die außerhalb etablierter zivilgesellschaftlicher Strukturen arbeiten und zu staatlichen Behörden kaum institutionalisierte Berührungspunkte haben, kann eine effektive »Zusammenarbeit« also auch darin bestehen, von außen als kritische Beobachterinnen und Beobachter zu fungieren und sollte nicht nur daran bemessen werden, wie reibungslos sie abläuft.

▶ FAZIT

Die Forschung zum Beitrag freiwillig Engagierter zur Integration von schon länger in Deutschland lebenden Menschen und Geflüchteten ist noch lückenhaft. Die bisher vorliegenden Studien verweisen allerdings darauf, dass die Wirkung der Zivilgesellschaft im Bereich Flucht und Asyl überaus positiv ist. Angestellte kommunaler Behörden benennen das Engagement in diesem Bereich als wichtigste Ressource für eine gelingende Integration und vielerorts hat sich die Stimmung vor Ort eher verbessert als verschlechtert, was angesichts der gesellschaftlichen Polarisierung zur Aufnahme geflüchteter Menschen in Deutschland überraschend ist. Menschen mit Migrationshintergrund sind überproportional engagiert und Migrantenselbstorganisationen werden von den Behörden als Partner geschätzt.

Indes ist es eben diese partnerschaftliche Rolle und die damit einhergehende Anerkennung, die viele spontan gegründete Initiativen, Gruppen und Organisationen im Engagement mit Geflüchteten im Zusammenspiel mit Institutionen der Verwaltung vermissen. Ihre Stärke liegt klar in der persönlichen Beziehung zu Geflüchteten, die von staatlichen Behörden so nicht aufgebaut werden könnte. Durch den sozialen Kontakt und die Schaffung von Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe leisten sie einen erheblichen und unverzichtbaren Beitrag zur Integration in den Kommunen. Wo freiwillig Engagierte darüber hinaus aber auch auf politischer Ebene wirken wollen, sehen sie sich mit einer eher ablehnenden Haltung vonseiten der Verwaltung konfrontiert. Die Arbeitsweise der Freiwilligen, die sich häufig durch Experimentierfreudigkeit auszeichnet und auf die Unterstützung geflüchteter Menschen zielt, harmoniert nicht immer mit den standardisierten Arbeitsabläufen und Zielvorgaben von öffentlicher Seite. Trotzdem ist ein Zusammenwirken beider Seiten unabdingbar, auch wenn es nicht immer reibungslos abläuft.

Wo die staatliche und kommunale Politik die strukturellen Voraussetzungen für die gesellschaftliche Teilhabe geflüchteter Menschen schaffen sollte, kann die Zivilgesellschaft zur Verbesserung der Lebensumstände geflüchteter Menschen beitragen, indem sie Möglichkeiten für Begegnungen zur alteingesessenen Bevölkerung schafft und Geflüchtete in lokale Aktivitäten und Strukturen einbindet. Die kommunalen Behörden können darüber hinaus das Engagement mit Geflüchteten durch Ehrenamts-Koordinierungsstellen und finanzielle Förderung unterstützen, wie es vielerorts schon passiert. Das spezifische Wissen der Freiwilligen zur Lage geflüchteter Menschen kann und sollte von Behörden z. B. bei der Erarbeitung von Integrationskonzepten genutzt werden.

Von besonderer Wichtigkeit ist, dass geflüchteten Menschen die Möglichkeit gegeben wird, für sich zu sprechen. Das bedingt einen Öffnungsprozess sowohl der Verwaltungsinstitutionen als auch der zivilgesellschaftlichen Akteure, denn Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft kann nur verwirklicht werden, wenn Geflüchtete diese mitgestalten.

In Bezug auf die Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft mit Behörden wurden die jeweiligen Perspektiven analysiert. Für Behörden ist der Umgang mit den Initiativen, Gruppen und Organisationen häufig eine Herausforderung. Zwar ist sich die große Mehrheit der Angestellten kommunaler Verwaltungen einig, dass das freiwillige Engagement eine zentrale Ressource in der Unterstützung der kommunalen Integrationspolitik darstellt, die Beziehung ist aber häufig von Konflikten geprägt. Wie Behörden mit der Zivilgesellschaft umgehen, hängt einerseits von Vorerfahrungen in der Kooperation mit Ehrenamtlichen und andererseits vom Selbstverständnis der Verwaltung gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteuren ab. So verstehen sich die Ehrenamts-Koordinierungsstellen, die seit 2015 in zahlreichen Kommunen entstanden sind, teilweise eher als Steuerungsinstanzen, die mit selektiver Förderung auf die Ausrichtung und Tätigkeiten der einzelnen Initiativen und Gruppen einwirken wollen. Andernorts wird stattdessen versucht, die Eigendynamik des Engagements zu stützen und die Freiwilligen für die Partizipation an Integrationskonzepten etc. zu gewinnen.

Von zivilgesellschaftlicher Perspektive aus gesehen, ist das Verhältnis zu den Behörden ähnlich ambivalent. Zwar wird auch hier anerkannt, dass die Zusammenarbeit mit der Verwaltung an vielen Stellen die Arbeit der Freiwilligen erleichtern kann. Andererseits herrscht aber häufig auch Unverständnis gegenüber behördlichen Arbeitsabläufen, die als ineffektiv und überbürokratisiert wahrgenommen werden. Dazu kommt, dass Freiwillige mit ihrem Engagement die konkrete Verbesserung der Lebensbedingungen geflüchteter Menschen erreichen wollen, während für Behörden nicht die Einzelschicksale, sondern Gruppen, Zahlen und Quoten einen Bewertungsmaßstab darstellen. Zu Konflikten kommt es entsprechend dann, wenn Freiwillige behördliche Entscheidungen gegenüber Einzelpersonen als unmenschlich empfinden, Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter sie hingegen als Teil einer größeren Strategie begreifen und rechtfertigen.

Zwei Typen zivilgesellschaftlicher Freiwilligenorganisationen lassen sich im Engagement mit Geflüchteten unterscheiden: Erstere sind Behörden gegenüber grundlegend kooperativ eingestellt und begreifen ihre Arbeit als Unterstützung. Sie stehen einer Steuerung durch Behörden nicht so kritisch gegenüber und sehen eine Indienstnahme ihres Engagements weniger als Einschränkung ihrer Arbeitsfreiheit und mehr als Einbettung in einen grundlegend sinnvollen Arbeitskontext. Demgegenüber stehen einige Akteure in der Geflüchtetenarbeit dem behördlichen Handeln grundlegend kritisch gegenüber, weil sie die staatliche Asylpolitik bzw. deren konkrete Auswirkungen vor Ort ablehnen. Sie legen größeren Wert auf die Unabhängigkeit in ihrer Arbeit. Ihre Finanzierung organisieren sie privat, da sie nicht von staatlichen Geldern abhängig sein wollen. Sie nehmen die Funktion eines kritischen Beobachters staatlichen Handelns ein.

Unserer Meinung nach sind beide Arten zivilgesellschaftlicher Arbeit sehr wichtig und haben ihre Berechtigung. Das Handeln von Behörden sollte aus der organisierten Zivilgesellschaft heraus kritisch hinterfragt werden. Konstruktive Kritik und partnerschaftliche Zusammenarbeit sollten dabei Hand in Hand gehen. So kann die Unterstützung der gesellschaftlichen Teilhabe geflüchteter Menschen am effektivsten gestaltet werden.

LITERATUR

- Ahrens, Petra-Angela** (2017): Skepsis und Zuversicht: Wie blickt Deutschland auf Flüchtlinge?. Hannover: creo-media.
- Anton, Stefan; Bartella, Raimund; Bastians, Uda; Decker, Lutz; Kiel, Thomas; Kort-Weiher, Gesine et al.** (2016): Flüchtlinge vor Ort in die Gesellschaft integrieren: Anforderungen für Kommunen und Lösungsansätze. Berlin, Köln: Deutscher Städtetag (Beiträge des Deutschen Städtetages zur Stadtpolitik, Band 109).
- Aumüller, Jutta; Bretl, Carolin** (2008): Die kommunale Integration von Flüchtlingen in Deutschland. Berliner Institut für vergleichende Sozialforschung (BIVS).
- Ausländerrat Dresden e. V. (Hg.)** (2017): Partizipation durch Patenschaft?! Potentiale – Herausforderungen – Anforderungen ehrenamtlicher Patenschaften im Kontext Migration und Asyl. Download unter: http://daten.verwaltungsportal.de/dateien/news/3/9/3/3/3/2/broschuere_fachtag_partizipation.pdf (Zugriff am 21.01.2018).
- Aumüller, J.; Daphi, P. & Biesenkamp, C.** (2015): Die Aufnahmen von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen – Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement. Stuttgart: Robert Bosch Stiftung.
- Beckmann, Fabian; Hoose, Fabian; Schönauer, Anna-Lena** (2017): Soziales Engagement in der Flüchtlingshilfe. Angekommen im Unbehagen, Forschungsjournal Soziale Bewegungen 30: 24–34. DOI: 10.1515/fjsb-2017-0057.
- Bertelsmann Stiftung (Hg.)** (2017): Synergien vor Ort im Landkreis Vorpommern-Greifswald: Kommunaler Schlussbericht. Download unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/Endbericht_Vorpommern-Greifswald_Final.pdf (Zugriff am 21.04.2018).
- Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hg.)** (2017): Zweiter Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland: Schwerpunktthema: »Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung«. Download unter: <https://www.bmfsfj.de/blob/115624/d6da5ce2163c59600f48a7a5d360a3b2/2-engagementbericht-und-stellungnahme-br-data.pdf> (Zugriff am 21.04.2018).
- Daphi, Priska** (2016): Zivilgesellschaftliches Engagement für Flüchtlinge und lokale »Willkommenskultur«. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Zufluchtsgesellschaft Deutschland (S. 35-39), Aus Politik und Zeitgeschichte, 14-15/2016. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Daphi, Priska** (2017): Zur Kooperation zwischen Behörden und Zivilgesellschaft in der Unterstützung Geflüchteter: Chancen und Differenzen. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 30 (3), S. 34–45. DOI: 10.1515/fjsb-2017-0058.
- Dymarz, Maike; Hanhörster, Heike; Hans, Nils; Wallraff, Mona; Zimmer-Hegmann, Ralf** (2016): Forschungsgutachten Gelingende Integration im Quartier. Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS). Dortmund.

- Einem, Eberhard von** (2017): Wohnungen für Flüchtlinge: Aktuelle sozial- und integrationspolitische Herausforderungen in Deutschland. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden (essentials).
- Gesemann, Frank; Roth, Roland** (2016): Kommunale Flüchtlings- und Integrationspolitik: Ergebnisse einer Umfrage in Städten, Landkreisen und Gemeinden. Zeitraum der Befragung: 25. Januar 2016 bis 5. März 2016. Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI). Berlin.
- Gesemann, Frank; Roth, Roland** (2017): Erfolgsfaktoren der kommunalen Integration von Geflüchteten. Berlin: Friedrich Ebert Stiftung.
- Graf, Laura** (2017): Asyl, eine Frage der Kultur? Die ambivalente Rolle zivilgesellschaftlichen Engagements im deutschen Asylregime. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 30 (3), S. 56–67. DOI: 10.1515/fjsb-2017-0060.
- Hamann, Ulrike; Karakayali, Serhat; Wallis, Mira; Höfler, Leif Jannis** (2016): Koordinationsmodelle und Herausforderungen ehrenamtlicher Flüchtlingshilfe in den Kommunen: Qualitative Studie des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung. Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM). Berlin.
- Hamann, Ulrike; Karakayali, Serhat; Höfler, Leif Jannis; Lambert, Laura; Meyer, Leonie** (2017): Pionierinnen der Willkommenskultur: Strukturen und Motive des Engagements für Geflüchtete. In: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Humboldt-Universität zu Berlin (Hg.): Forschungsbericht. Forschungs-Interventions-Cluster »Solidarität im Wandel?«. Berlin.
- Han-Broich, Misun** (2015). Engagement in der Flüchtlingshilfe: eine Erfolg versprechende Integrationshilfe. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), *Engagement* (S. 43–49), *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 14–15/2015. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Karakayali, S. & Kleist, J. O.** (2016). EFA-Studie 2: Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit in Deutschland, 2. Forschungsbericht: Ergebnisse einer explorativen Umfrage vom November/Dezember 2015. Berlin: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM).
- Karakayali, Serhat** (2017): »Infra-Politik« der Willkommengesellschaft. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 30 (3), S. 16–24. DOI: 10.1515/fjsb-2017-0056.
- Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt)** (2017): Kommunales Integrationsmanagement Teil 2: Handlungsfelder und Erfolgsfaktoren gestalten. Bertelsmann Stiftung, Robert Bosch Stiftung. Online verfügbar unter: <http://www.bosch-stiftung.de/de/publikation/kommunales-integrationsmanagement-teil-2> (Zugriff am 21.04.2018).
- Linnert, Julius; Berg, Tanja** (2016): Freiwilligenarbeit mit Geflüchteten: Forschungsstand zum freiwilligen Engagement mit Geflüchteten unter Aspekten gesellschaftlicher Teilhabe und politischer Bildung. Berlin: Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung (Working Paper »Perspektive Teilhabe« 01/2016). Download unter: https://minor-kontor.de/images/PT_publikation_2016-12-20_web.pdf (Zugriff am 21.04.2018).

- Linnert, Julius** (2018): Neue Forschungsergebnisse zur Freiwilligenarbeit mit Geflüchteten: Perspektiven auf einen sich etablierenden Bereich zivilgesellschaftlichen Engagements. Berlin: Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung (Working Paper »Perspektive Teilhabe« 02/2018).
- Ohliger, Rainer; Schweiger, Raphaela; Veyhl, Lisa** (2017): Auf dem Weg zur Flüchtlingsintegration in ländlichen Räumen: Ergebnisse einer Bedarfsanalyse in sieben Landkreisen. Robert Bosch Stiftung. Online verfügbar unter <http://www.bosch-stiftung.de/de/publikation/auf-dem-weg-zur-fluechtlings-integration-laendlichen-raeumen-ergebnisse-einer> (Zugriff am 21.04.2018).
- Roth, Roland** (2016): Netzwerkipuls »Integration braucht Beteiligung – Partizipation und Engagement von und mit Flüchtlingen«. Netzwerk Bürgerbeteiligung. Online verfügbar unter http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/netzwerkipuls_fluechtlinge/nbb_netzwerkipuls_fluechtlinge_160614.pdf (Zugriff am 21.04.2018).
- Ruge, Kay; Ritgen, Klaus; Mempel, Markus; Keller, Markus; Bönsel, Matthias; Elsaerber, Miriam** (2016): Integration von Flüchtlingen in ländlichen Räumen: Strategische Leitlinien und Best Practices. Deutscher Landkreistag. Berlin. Download unter: [http://www.landkreistag.de/images/stories/themen/Fluechtlinge/161130%20\(DLT\)%20Integration%20von%20FI%C3%BCchtlingen%20in%20l%C3%A4ndlichen%20R%C3%A4umen.pdf](http://www.landkreistag.de/images/stories/themen/Fluechtlinge/161130%20(DLT)%20Integration%20von%20FI%C3%BCchtlingen%20in%20l%C3%A4ndlichen%20R%C3%A4umen.pdf) (Zugriff am 21.04.2018).
- Schammann, Hannes; Kühn, Boris** (2016): Kommunale Flüchtlingspolitik in Deutschland. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Schiffauer, Werner; Eilert, Anne; Rudloff, Marlene (Hg.)** (2017): So schaffen wir das - eine Zivilgesellschaft im Aufbruch: 90 wegweisende Projekte mit Geflüchteten. Bielefeld: transcript.
- Speth, Rudolf; Becker, Elke** (2016): Zivilgesellschaftliche Akteure und die Betreuung geflüchteter Menschen in deutschen Kommunen. Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft. Berlin (Opusculum, 92).
- Steinhilper, Elias; Fleischmann, Larissa** (2016): Die Ambivalenzen eines neuen Dispositivs der Hilfe: zur Rolle der Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen seit dem langen Sommer der Migration. In: Scherr, Albert; Yüksel, Gökçen (Hg.): Flucht, Sozialstaat und Soziale Arbeit. Lahnstein: Verlag Neue Praxis.
- Worbs, Susanne; Bund, Eva; Böhm, Axel** (2016): Asyl - und dann? Die Lebenssituation von Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen in Deutschland. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Nürnberg (BAMF-Flüchtlingsstudie 2014). Download unter: http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb28-fluechtlingsstudie-2014.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff am 21.04.2018).
- Zick, Andreas; Küpper, Beate** (2016): Einleitung: Gespaltene Mitte, zerrissene Gesellschaft. In: Melzer, Ralf (Hg.): Gespaltene Mitte – feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Dietz.





Ein Projekt von **minor** projekt-kontor
für bildung und forschung